

**Niederschrift**  
**über die Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst**  
**am 09.06.2022**

Tagungsort: Friedrich Wilhelm Murnau-Gesamtschule (Forum Haus 2)  
Beginn: 17:00 Uhr  
Sitzungspause:  
Ende: 20:35 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Bernd Henrichsmeier - Bezirksbürgermeister / RM

CDU

Herr Dr. Simon Lange - RM

Herr Günter Möller

Frau Tanja Schuh

Herr Werner Thole - Vors. / RM

SPD

Frau Ingeborg Abendroth

Herr Nesrettin Akay - Vors.

Frau Melanie Grbeva

Herr Ulrich Lücke

Herr Reinhard Schäffer - stellv. Bezirksbürgermeister

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Roland Lasche

AfD

Herr Ricky Barylski

Die Linke

Herr Norbert Zimmer

Nicht anwesend:

CDU

Frau Sabrina Mokolys

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Marc Burauen - Vors.

FDP

Frau Dr. Aynur Durali

Gäste

Frau Riemke	Planungsbüro Drees & Huesmann	(zu TOP 7)
Herr Runge		
Herr Bach	greenfield development GmbH	(zu TOP 9)
Herr Köster	Hagedorn-Gruppe	(zu TOP 9)

Von der Verwaltung

Herr Hanke	Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-	(zu TOP 5.2)
Herr Beigeordneter Moss	Dezernat Wirtschaft/Stadtentwicklung	(zu TOP 5.2)
Frau Hürche	Bauamt	(zu TOP 7 und TOP 8)
Frau Kurt	Bauamt	(zu TOP 9)
Herr Käweker	Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-	(zu TOP 10)
Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Frau Machnik	Bezirksamt Heepen	(Schriftführerin)

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert habenFDP

Herr Jan Maik Schlifter

17.05 Uhr bis 19.00 Uhr

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung:

-/-

## Öffentliche Sitzung:

### Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung weist Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier darauf hin, dass nach Versand der Sitzungsunterlagen fristgerecht eine gemeinsame Anfrage der Fraktionen der CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen eingegangen sei. Er schlägt vor, diese unter TOP 4.3 zu behandeln. Er weist weiterhin darauf hin, dass unter dem TOP 10 als Anlage die Informationsvorlage der Verwaltung für den Sozial- und Gesundheitsausschuss (Drucksachen-Nr. 4227/2020-2025) aufgenommen und vor der Sitzung verteilt worden sei.

Es erfolgt ein Hinweis, dass die Wortbeiträge in der Sitzung mittels eines Aufnahmegerätes aufgezeichnet werden.

Die Bezirksvertretung stimmt der Tagesordnung unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderung zu. Diese wird wie folgt abgehandelt:

### **Zu Punkt 1**      **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Stieghorst**

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier erklärt, dass etwaige Fragen auch schriftlich an das Bezirksamt unter der Mailadresse [bezirksamt.heepen@bielefeld.de](mailto:bezirksamt.heepen@bielefeld.de) gestellt werden können.

Er kündigt aufgrund von anwesenden interessierten Bürgerinnen und Bürgern an, dass er die Sitzung zu den Tagesordnungspunkten 7 (*Erst-aufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/Ub 10 „Wohnen beiderseits der südlichen Dingerdisser Heide“*) sowie 9 (*Gewerbliches Bauvorhaben an der Gustav-Winkler-Straße*) für Einwohnerfragen unterbrechen werde.

### **Zu Punkt 1.1**      **Schriftliche Einwohnerfragen**

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die schriftlich im Bezirksamt eingegangene Einwohnerfrage bezüglich der Detmolder Straße, zu der noch keine Antwort der Verwaltung vorliege. Diese werde aber zeitnah erfolgen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 09.06.2022 - öffentlich - TOP 1.1 \*

### **Zu Punkt 1.2**      **Mündliche Einwohnerfragen**

a) *Verkehrssituation an der Kreuzung Linnenstraße/ Frordisser Straße/ Hamelner Straße*

Herr John (Einwohner des Stadtteils Ubbedissen) stellt sich als Bewohner aus dem Gebiet Frordisser Hof vor. Er beklagt, dass der o. a. Kreuzungsbereich - aus der Hamelner Straße kommend - nicht ausreichend einseh-

bar sei und sich dort vermehrt Unfälle ereignet haben. Er bittet um Prüfung, wie die Situation vor Ort entschärft werden könne.

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier sagt die Weiterleitung seines Anliegens an die Fachverwaltung zu.

*b) Bau einer Kita im Gebiet Frordisser Hof und Zufahrtsituation*

Herr John (Einwohner des Stadtteils Ubbedissen) weist darauf hin, dass mit dem Bau einer Kita der Verkehr in der Siedlung mit mehr als 100 Wohneinheiten zunehme. Es gebe nur eine einspurig befahrbare Zufahrt in diesen Bereich. Er fragt nach, ob es möglich sei diese zweispurig auszubauen, indem ein Parkverbot ausgesprochen werde und zwei Bäume entfernt werden.

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier sagt die Weiterleitung seiner Frage an die Fachverwaltung zu.

*c) Weitere Zufahrt zum Gebiet Frordisser Hof*

Herr John (Einwohner des Stadtteils Ubbedissen) stellt fest, dass der Bebauungsplan für das o. a. Wohngebiet eine weitere Zufahrt von der Pyrmonter Straße über die Nieheimer Straße vorsehe. Er möchte wissen, ob diese Möglichkeit noch realisiert werde.

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier sagt zu, die Anfrage an die Verwaltung weiterzuleiten.

*d) Feuerwehrgerätehaus Lämershagen*

Herr Vagt (Einwohner des Stadtteils Lämershagen) beschreibt als langjähriges Mitglied der freiwilligen Feuerwehr den aus seiner Sicht desolaten Zustand des Feuerwehrgerätehauses. Er kritisiert, dass Anträge auf einen Neubau bisher ohne Erfolg geblieben seien, und fordert, dass das Gebäude vorrangig erneuert werden solle.

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier erklärt, dass dies auch Anliegen der Bezirksvertretung sei. Er fasse die Ausführungen von Herrn Vagt als Frage nach einem Zeitplan für eine Realisierung eines Neubaus auf.

Da keine weiteren Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern gestellt werden, schließt Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier die Einwohnerfragestunde.

*Die Einwohnerfragen zu 1.2 a) - c) überreicht Herr John zusätzlich in schriftlicher Form.*

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 09.06.2022 - öffentlich - TOP 1.2 \*

**Zu Punkt 2**      **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 15. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 05.05.2022**

Ohne Aussprache ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 15. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 05.05.2022 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

\* BV Stieghorst - 09.06.2022 - öffentlich - TOP 2 \*

-.-.-

**Zu Punkt 3**      **Mitteilungen**

**Schriftliche Mitteilungen**

**3.1**              **Fahrradabstellanlage und öffentliche Toilette an der Stadtbahn-Endstation in Stieghorst (BV Stieghorst, zuletzt 17.06.2021, TOP 2.5)**

Den Mitteilungen beigefügt ist eine Information des Amtes für Verkehr zum Sachstand des Umsetzungskonzeptes Mobilitätsstationen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 09.06.2022 - öffentlich - TOP 3.1\*

-.-.-

**3.2**              **Städtisches Bauprogramm 2022 ff. hier: Feuerwehrgerätehaus Lämershagen (BV Stieghorst, 04.03.2021, TOP 4.5, und 25.11.2021, TOP 9)**

Der Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb hat in der Sitzung am 26.04.2022 die Verwaltung beauftragt, im Jahresverlauf die Grundlagen für die Aufnahme des Feuerwehrgerätehauses Lämershagen in das Bauprogramm zu erarbeiten. Ein Auszug aus der Niederschrift ist den Mitteilungen beigefügt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 09.06.2022 - öffentlich - TOP 3.2\*

-.-.-

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) vermisst eine Mitteilung über die Öffnung der Filiale der Bürgerberatung in Hillegossen. Er kritisiert, dass der Oberbürgermeister einen einstimmig gefassten Beschluss der Bezirksvertretung Stieghorst ignoriere.

## Zu Punkt 4 Anfragen

### Zu Punkt 4.1 Stimmabgabe in den Bezirksämtern

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4141/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die Anfrage der CDU-Fraktion:

*Wie viele Stimmen sind in den verschiedenen Bezirksämtern im Rahmen der Briefdirektwahl (bei der Landtagswahl und bei der letzten Kommunalwahl) abgegeben worden?*

Dazu liege folgende Antwort der Verwaltung vor:

*Die Antwort kann der nachfolgenden Aufstellung entnommen werden. Der Vollständigkeit halber werden auch die Zahlen zur Bundestagswahl 2021 sowie die Gesamtzahl der ausgestellten Wahlscheine aufgeführt*

<b>Werte der in den Bielefelder Bezirksämtern ausgestellten Wahlscheine (Briefdirektwahl)</b>				
<b>Bezirksamt</b>	<b>Kommunalwahl 2020</b>	<b>OB-Stichwahl 2020</b>	<b>Bundestagswahl 2021</b>	<b>Landtagswahl 2022</b>
Brackwede	829	130	1.109	852
Heepen	765	146	890	844
Jöllenbeck	556	124	698	661
Senne	372	73	482	440
Sennestadt	254	51	331	293
Summe	2.776	524	3.510	3.090

	<b>Kommunalwahl 2020</b>	<b>OB-Stichwahl 2020</b>	<b>Bundestagswahl 2021</b>	<b>Landtagswahl 2022</b>
Ausgestellte Wahlscheine gesamt	66.039	66.642	96.738	70.731

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 09.06.2022 - öffentlich - TOP 4.1\*

---

## **Zu Punkt 4.2 Sportplatz Stieghorst**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4172/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die Anfrage der CDU-Fraktion:

*Wie sehen die zukünftigen Planungen für den abgängigen Sportplatz/Ascheplatz in Stieghorst, der gemeinsam von der Friedrich Wilhelm Murnau-Gesamtschule, der Stieghorstschule und vom Sportverein Tura 06 genutzt wird, aus?*

Dazu liege noch keine Antwort der Verwaltung vor.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) merkt an, dass bei der Bereisung der städtischen Einrichtungen festgestellt werden konnte, dass der Sportplatz einer der schlechtesten in ganz Bielefeld sei. Es gebe viele Nutzer\*innen, so dass er sich eine zügige Stellungnahme wünsche.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) stellt fest, dass er sich zu diesem Thema eine gemeinsame Anfrage gewünscht hätte.

- vertagt -

\* BV Stieghorst - 09.06.2022 - öffentlich - TOP 4.2\*

---

## **Zu Punkt 4.3 Erwin-Kranzmann-Haus in Hillegossen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4220/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die gemeinsame Anfrage der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen:

*Wie ist der aktuelle Stand zum Umbau des Erwin-Kranzmann-Hauses?*

1. *Zusatzfrage:*

*Welche Überlegungen gibt es, wo die Angebote der AWO Hillegossen und des TuS Hillegossen in der Bauphase durchgeführt werden können?*

## 2. Zusatzfrage:

*Welche Sanierungsmaßnahmen sind im Erwin-Kranzmann-Haus unabhängig von dem Umbau der Mensa geplant?*

Dazu gebe es folgende Antwort der Verwaltung:

*Allgemeiner Stand des Projektes:*

*Der Bauantrag wurde nach Beschluss der BV Stieghorst beim Bauamt eingereicht. Momentan wird durch das Planungsbüro die Ausführungsplanung erstellt, Ausschreibungen / Vergaben und der Baubeginn für die Herbstferien werden vorbereitet.*

*Am 25.05.2022 wurden der Grundschule Hillegossen, dem AWO Kreisverband und dem AWO Ortsverband der aktuelle Planungsstand sowie ein grober Terminplan vorgestellt. Dies erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Amt für Schule. Der vorgestellte Planungsstand entspricht dem Stand aus den Vorstellungsrunden in der Bezirksvertretung vom 04.03.2021 und vom 24.03.2022.*

*Der UWB ist momentan dabei, die Planung für die Außenflächen zu erstellen, damit schnellstmöglich die Anmerkungen der Bezirksvertretung bzgl. der Zuwegungen zum Erwin-Kranzmann-Haus und zu den Außenflächen beantwortet werden können.*

*Zu 2.:*

*Neben den Arbeiten an der Mensa, die Einfluss auf das Kellergeschoss des Erwin-Kranzmann-Hauses haben, werden die Toiletten im Keller saniert sowie Renovierungsarbeiten (Malerarbeiten) durchgeführt. Zusätzlich wird die Beleuchtung im Keller erneuert sowie Probleme bei der Entwässerung des Gebäudes behoben.*

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier schlägt vor, dass das Bezirksamt Kontakt zu der AWO und dem Sportverein aufnehmen solle, um alternative Unterbringungsmöglichkeiten für die Zeit des Umbaus zu prüfen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 09.06.2022 - öffentlich - TOP 4.3\*

---

**Zu Punkt 5 Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnungen**

**Zu Punkt 5.1 Einzäunung von Schulgeländen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3699/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die Anfrage der Vertreterin der FDP, die bereits zu der Sitzung am 24.03.2022 gestellt wurde:



*Welche Schulen im Stadtbezirk Stieghorst sind vollständig oder teilweise eingezäunt und welche Schließ- und Öffnungsregelungen bestehen dort jeweils (Öffnungszeiten werktags, am Wochenende und in den Schulferien)?*

Dazu gebe es jetzt eine Antwort der Verwaltung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 09.06.2022 - öffentlich - TOP 5.1\*

*-Die Antwort der Verwaltung ist als Anlage 1 Bestandteil dieser Niederschrift.-*

-.-.-

## **Zu Punkt 5.2**

### **Standort für eine neue Kindertageseinrichtung im Stadtbezirk Stieghorst**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3648/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier begrüßt Herrn Hanke (Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-) zu diesem Tagesordnungspunkt und bittet um Wortmeldungen.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) verweist auf die verkehrliche Situation, die bereits in der letzten Sitzung thematisiert worden sei, und kündigt an, sich ansonsten im nichtöffentlichen Teil äußern zu wollen.

Herr Lasche (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) merkt an, dass mit der neuen Kita nach seiner Wahrnehmung aus der bisherigen Diskussion Bedarfe aus dem gesamten Stadtgebiet bedient werden sollen. Er möchte wissen, welchen Mehrwert dies speziell für Stieghorst habe.

Herr Hanke möchte zunächst zu den noch offenen Fragen aus der letzten Sitzung Stellung nehmen. Der Versorgungsbedarf für Stieghorst sei aktuell neu berechnet worden und man sehe einen hohen Handlungsbedarf. Im Bezirk Stieghorst I fehlen 70 Plätze, die durch 30 Plätze in Stieghorst II kompensiert werden könnten. Dabei seien die Familien, die die ehemaligen Häuser der Briten beziehen, noch nicht eingerechnet.

Zur Verkehrssituation erklärt Herr Hanke, dass die Zuwegung aus Sicht der Verwaltung funktioniere. Er weist auf die Möglichkeit hin, dass ein Beschluss auch unter dem Vorbehalt eines einzuholenden Verkehrsgutachtens gefasst werden könne.

Herr Hanke führt aus, dass die anderen beiden bestehenden Kitas des geplanten Kita-Trägers in Schildesche viele Kinder aus dem Stadtbezirk aufgenommen haben; es gebe dort auch Kinder aus anderen Stadtbezirken. Dies bilde sich aber in vielen anderen Kitas ebenso ab.

Herr Hanke weist darauf hin, dass es bereits Wartelisten in einigen Kitas gebe. Er sehe aktuell keine Alternative zu dem Standortvorschlag und bitte daher um eine kurzfristige Entscheidung.

Abschließend informiert Herr Hanke darüber, dass der Trägerverein der Georg-Müller-Schulen auf Nachfrage mitgeteilt habe, dass auch ein an-

derer christlicher Träger denkbar sei, aber eben kein beliebiger. Das Angebot eine Kita zu bauen stehe, aber der Verein könne im Zweifel den Bau auch nur für schulische Zwecke planen.

Herr Schlifter (FDP-Ratsmitglied) reichen die von Herrn Hanke genannten Zahlen nicht aus und möchte den Bedarf „feinräumiger“ dargestellt haben. Er habe sich zudem vor Ort ein Bild gemacht und sehe die verkehrliche Situation bereits aktuell als kritisch an. Es gebe keine Parkmöglichkeiten; um das festzustellen benötige er kein Gutachten. Er rät dazu, der Vorlage nicht zuzustimmen, auch nicht unter Vorbehalt.

Herr Hanke erwidert, dass er gern weitere Zahlen nennen könne. So sei die Versorgungsquote für über 3-Jährige in Stieghorst I und II ca. 10 % geringer als stadtweit. Dies sei für unter 3-Jährige ähnlich. Im stadtweiten Vergleich liege der Stadtbezirk im untersten Bereich. Der Bedarf an Plätzen sei somit da. Herr Hanke wirbt im Weiteren erneut für den geplanten Kita-Standort.

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier berichtet, dass auch von den Kita-Leitungen im Stadtbezirk der dringende Bedarf an neuen Kita-Plätzen bestätigt worden sei.

Auf Nachfrage von Herrn Lasche erwidert Herr Hanke, dass neben einer Kita am jetzigen Standort eine weitere denkbar sei, dies aber an einer geeigneten Fläche scheitere. Auch die AWO verfolge weiterhin die Erweiterung der Kita Buntstifte, die zwar in Mitte, aber in unmittelbarer Nähe vom Stadtbezirk Stieghorst, liege.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) stellt fest, dass der dringende Bedarf an Kita-Plätzen gegeben sei und es derzeit keine Alternative zu dem Verwaltungsvorschlag gebe. Er könne sich aber nur eine Zustimmung vorstellen, wenn ein Verkehrsgutachten positiv ausfalle, und stellt folgenden Antrag:

*Für den vorgeschlagenen Standort auf dem Gelände der Georg-Müller-Schule ist zunächst ein Verkehrsgutachten in Auftrag zu geben.*

Wenn dies in der kommenden Sitzung vorliege, könne entschieden werden.

Herr Schlifter fordert erneut eine detailliertere Darstellung des Bedarfs. Der Kita-Träger decke den Bedarf nur teilweise, da die geplante Kita nach seiner Ansicht keine für jedes Kind sei. Er begrüßt den Antrag der CDU-Fraktion.

Herr Hanke führt aus, dass der Druck im Vergleich zu Ubbedissen oder Hillegossen in Stieghorst am größten sei. Auch wenn die Kita in Sieker entstehe, würde dies in Stieghorst Abhilfe schaffen.

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier begrüßt Herrn Beigeordneten Moss (Dezernat Wirtschaft/ Stadtentwicklung) und erteilt ihm das Wort.

Herr Moss bittet die Gremienmitglieder eindringlich ihre Haltung zu dem Kita-Standort zu überdenken. Mit dem Träger habe man gute Erfahrungen gemacht. Er habe Verständnis dafür, dass es bei neu geplanten

Kitas immer wieder Unruhe in der Nachbarschaft gebe. Die Bezirksvertretung Heepen genehmige daher neue Baugebiete erst, wenn eine entsprechende Infrastruktur geschaffen werde. In Stieghorst solle aber bestehende Gebäudesubstanz wieder genutzt werden. Derzeit seien noch viele Flüchtlinge aus der Ukraine in Turnhallen untergebracht, die in die von den Briten freigezogenen Wohnhäuser umziehen sollen. Einerseits gehe es darum die Hallen wieder Kindern zur Verfügung zu stellen, in erster Linie aber darum die „menschenunwürdige“ Unterbringung der Flüchtlinge schnell zu beenden. Mit Belegung der ehemaligen Britenhäuser gebe es einen noch dringenderen Bedarf an Kita-Plätzen, da über die Kitas Sprachbarrieren schneller abgebaut werden können. Herr Moss setzt sich mit eindringlichen Worten für eine baldige Realisierung des vorgeschlagenen Kita-Standortes ein. Er warnt vor Hoffnungen auf die Möglichkeit, zeitnah auf dem Gelände der ehemaligen Catterick-Kaserne eine Kita zu bauen. Die Erfahrung mit dem Gebiet Sperberstraße habe gezeigt, dass die Verhandlungen mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben langwierig sein können. Hinsichtlich der Verkehrssituation verdeutlicht Herr Moss, dass es letztlich auch um eine Abwägung der Interessen von Anwohner\*innen gegenüber dem Interesse der Allgemeinheit an weiteren Kita-Plätzen gehe.

Frau Schuh (CDU-Fraktion) schließt sich dem Appell an die Bezirksvertretung an und schildert die extreme Situation der Flüchtlinge. Ohne Kita-Plätze können Kinder nicht ausreichend beim Erlernen der deutschen Sprache unterstützt werden; die Mütter könnten aufgrund der fehlenden Betreuungsmöglichkeiten keinen Sprachkurs besuchen. Es gehe hier um eine schnelle Integration der Flüchtlingsfamilien. Sie ist der Ansicht, dass es auch an anderen Kitas keine optimale Verkehrssituation gebe.

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier lässt über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s :**

**Für den vorgeschlagenen Standort auf dem Gelände der Georg-Müller-Schule ist zunächst ein Verkehrsgutachten in Auftrag zu geben.**

-einstimmig beschlossen-

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) möchte das Ergebnis des Verkehrsgutachtens abwarten und beantragt die 3. Lesung, auch weil er im nichtöffentlichen Teil über einen Alternativ-Standort sprechen möchte.

Es wird kurz darüber diskutiert, dass bei einer 3. Lesung eine Entscheidung erst in der nächsten Sitzung im September erfolge.

*- Von 17.58 Uhr bis 18.07 Uhr unterbricht Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier die öffentliche Sitzung für eine Beratung der Fraktionen. -*

Nach Wiedereröffnung der Sitzung zieht Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) den Antrag auf 3. Lesung zurück. Der von seiner Fraktion in Betracht gezogene Kita-Standort sei kurzfristig nicht zu realisieren. Eine Zeitverzögerung sei nicht gewollt. Herr Akay kündigt bei einer Beschlussfassung eine Enthaltung an.

Herr Lasche (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) stellt fest, dass er den Standort sehr kritisch beurteilt habe. Die Ausführungen von Frau Schuh zu möglichen Auswirkungen für die Flüchtlinge seien aber überzeugend. Er möchte sichergestellt wissen, dass mit einem Verkehrsgutachten, das die Situation vor Ort negativ beurteile, keine Baugenehmigung erteilt werde.

Unter Berücksichtigung des einstimmig beschlossenen Antrages ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Vorbehaltlich eines positiven Ergebnisses eines Verkehrsgutachtens soll auf dem Gelände der Georg-Müller-Schule, Detmolder Straße 284, 33505 Bielefeld eine neue Kindertageseinrichtung errichtet werden. Die Verwaltung wird mit der Einleitung der zur Umsetzung erforderlichen weiteren Schritte beauftragt.**

Dafür:	7 Stimmen
Enthaltungen:	6 Stimmen
Dagegen:	---

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen -

\* BV Stieghorst - 09.06.2022 - öffentlich - TOP 5.2 \*

---

**Zu Punkt 6**

### **Anträge**

**Zu Punkt 6.1**

### **Verstärkte Kontrollen durch das Ordnungsamt im gesamten Stadtbezirk**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4138/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

*Die Verwaltung wird beauftragt auf den Schulhöfen, den Parkplätzen und den Kinderspielplätzen im Stadtbezirk Stieghorst, insbesondere an den Wochenenden, verstärkte Kontrollen durchzuführen.*

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) begründet den Antrag dahingehend, dass man immer wieder von Bürger\*innen angesprochen worden sei, die sich über „Randale“ an den genannten Orten beschwert haben. Bei der Bereisung der städtischen Einrichtungen sei dies auch von den Schulleitungen oder von Kitas thematisiert worden.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) ist der Ansicht, dass der Stadtbezirk nicht so schlecht wie dargestellt sei. Vandalismus gebe es überall. Mehr Kontrollen bedeuten auch zusätzlichen Kostenaufwand. Er spricht sich dafür aus, stattdessen mehr Jugendarbeit zu leisten und Treffpunkte anzubieten.

Herr Schlifter (FDP-Ratsmitglied) erinnert an die Diskussion wegen einer Einzäunung der Friedrich Wilhelm Murnau-Gesamtschule und spricht sich für mehr Kontrollen aus. Man müsse an bestehende Regeln erinnern. Er regt eine Beschlussfassung und zusätzlich eine Berichterstattung nach einem halben Jahr an.

Herr Lasche (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) verweist ebenso auf bereits geführte Diskussionen. Er meint, dass der Antrag zu weitreichend sei und spricht sich dafür aus, dass sozialkompetente Streetworker das Gespräch mit Jugendlichen konkret in den Brennpunkten, die in der Bereisung genannt wurden, suchen sollten.

Herr Akay betont, dass es in Stieghorst aus seiner Sicht keinen Brennpunkt gebe. Der Antrag beruhe auf Aussagen und sei nicht mit Zahlen belegt.

Herr Thole bedauert die gegensätzliche Sichtweise. Er meine, dass verstärkte Kontrollen durch das Ordnungsamt zumindest teilweise etwas bewirken wie das Beispiel in Brackwede am Treppenplatz zeige.

Frau Grbeva (SPD-Fraktion) bestätigt, dass bei der Bereisung auch Vandalismus beklagt wurde. Sie spricht sich aber dafür aus, das Problem mit weiteren Angeboten für Jugendliche anzugehen.

Herr Lücke (SPD-Fraktion) bewertet den Vergleich mit dem Treppenplatz als übertrieben. Er regt an die Verwaltung zunächst zu bitten, Zahlen zu den regelmäßigen Bestreifungen vorzulegen.

Herr Schlifter hält den Antrag nicht für maßlos. Es gebe nach seiner Ansicht viele soziale Angebote. Er regt alternativ an, das Ordnungsamt um einen Bericht zu bitten, wie die Situation von dort eingeschätzt werde.

Es ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

**Die Verwaltung wird beauftragt auf den Schulhöfen, den Parkplätzen und den Kinderspielplätzen im Stadtbezirk Stieghorst, insbesondere an den Wochenenden, verstärkte Kontrollen durchzuführen.**

Dafür: 6 Stimmen  
 Enthaltungen: 1 Stimme  
 Dagegen: 6 Stimmen

- bei Stimmengleichheit abgelehnt -

\* BV Stieghorst - 09.06.2022 - öffentlich - TOP 6.1 \*

-.-.-

**Zu Punkt 6.2 Wahllokale im Stadtbezirk**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4140/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

*Die Verwaltung wird gebeten bei den nächsten Wahlen sicherzustellen, dass die Bürger des Stadtbezirkes Stieghorst auch in ihrem Stadtbezirk ihr Wahllokal haben.*

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) verweist zur Begründung darauf, dass ein Teil der Wahlberechtigten aus Sieker in das Wahllokal in der Rußheideschule fahren müssen und umgekehrt Wahlberechtigte, die in der Nähe der Rußheide wohnen, in die Osningschule fahren müssen um zu wählen. Er sei der Ansicht, dass den Wahlberechtigten im Stadtbezirk ermöglicht werden solle, in Stieghorst zu wählen und diesen kurze Wege zu bieten. Ggf. könne ein zusätzliches Wahllokal eingerichtet werden.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) schließt sich den Ausführungen von Herrn Thole an. Eine gute verkehrliche Anbindung sei erforderlich.

Es ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

**Die Verwaltung wird gebeten bei den nächsten Wahlen sicherzustellen, dass die Bürger des Stadtbezirkes Stieghorst auch in ihrem Stadtbezirk ihr Wahllokal haben.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Stieghorst - 09.06.2022 - öffentlich - TOP 6.1 \*

**Zu Punkt 7**

**Erstaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/Ub 10 „Wohnen beiderseits der südlichen Dingerdisser Heide“ für das Gebiet östlich und westlich der Dingerdisser Heide sowie 261. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren gemäß § 8 (3) BauGB**  
**- Stadtbezirk Stieghorst -**

**Aufstellungsbeschluss****Änderungsbeschluss****Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligungen****Beratungsgrundlage:**

Drucksachenummer: 3955/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier begrüßt Frau Hürche (Bauamt) sowie Frau Riemke und Herrn Runge vom Planungsbüro Drees und Huesmann zu diesem Tagesordnungspunkt.

Frau Riemke erläutert zunächst allgemein den vorgesehenen Ablauf des Bauleitplanverfahrens. Sie stellt die Bestandssituation rund um die derzeit überwiegend landwirtschaftlich genutzten Flächen dar. Der Flächennutzungsplan setze aktuell landwirtschaftliche Fläche, teilweise von Landschaftsschutzgebiet überlagert, fest. Frau Riemke erläutert das ursprüngliche und das weiterentwickelte Planungskonzept. Nachdem zunächst ausschließlich Einzel- und Doppelhäuser vorgesehen waren, sei nunmehr ein differenziertes Wohnungsangebot mit aufgelockerten und kleinteiligen sowie verdichteten Bereichen mit Quartiersplätzen und ein Spielplatz geplant. Im östlichen und westlichen Plangebiet sollen jeweils Regenrückhaltebecken entstehen. Im Weiteren erklärt Frau Riemke den Nutzungsplan mit Art und Maß der baulichen Nutzung (Allgemeines Wohngebiet, überwiegend 2 Vollgeschosse, maximal 3 Vollgeschosse am südlichen Quartiersplatz, Flachdächer sowie geneigte bis flach geneigte Dächer). Belange des Klimaschutzes werden mit Festsetzungen zu einer Mindestbegrünung je Baugrundstück, zu einer maximalen Befestigung der Vorgartenflächen mit ausschließlich wasserdurchlässigem Material, einer teilweisen extensiven Dachbegrünung und Baumpflanzungen je 4 offene Stellplätze berücksichtigt.

*- Um 18.53 Uhr unterbricht Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier die öffentliche Sitzung für Einwohnerfragen. -*

Herr Dingerdissen, Einwohner von Ubbedissen, möchte wissen, ob die vorgesehene Ausgleichsfläche angesichts einer bebauten Fläche von ca. 5 Hektar für ausreichend erachtet werde. Er fragt weiterhin, warum die letzte Bebauungsreihe im östlichen Teil so tief entstehen solle. Auch möchte er wissen, wie die Entwässerung erfolge. Herr Dingerdissen fragt nach Festsetzungen zu begrünten Dächern und Photovoltaikanlagen.

*- Um 18.55 Uhr wird die Beratung in öffentlicher Sitzung fortgesetzt. -*

Herr Runge erläutert, dass die zur Verfügung stehenden Ausgleichsflächen so voraussichtlich nicht ausreichen. Dies müsse im weiteren Verfahren bilanziert werden. Zu der Frage bezüglich der Entwässerung antwortet Herr Runge, dass das Niederschlagswasser östlich über das Regenrückhaltebecken in den Sussieksbach und westlich über das Regenrückhaltebecken in den Dingerdisser Bach abgeführt werde. Das Schmutzwasser müsse in die Kanalisation eingeleitet werden. Im weiteren Verfahren müsse der Umweltbetrieb prüfen, ob der vorhandene Kanal ausreichend dimensioniert sei. Die Installation von Photovoltaikanlagen solle für 50 % der geeigneten Dachflächen festgesetzt werden; alle Flachdächer sollen begrünt werden.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) fragt nach, wie sich 146 geplante Wohneinheiten auf die verschiedenen Gebäudetypen aufteilen und ob die Infrastruktur (Schule, Kitas) ausreiche.

Herr Runge führt aus, dass dies im Rahmen der Ämterbeteiligung zu prüfen sei. Die Zahl von 146 Wohneinheiten sei eine Maximalzahl. So seien je Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäuser 2 Wohneinheiten möglich; hier gebe es nach der Erfahrung aber nur 1 Einheit, so dass sich die Gesamtzahl entsprechend reduziere.

Frau Hürche verweist dazu auf die Auflistung auf der Seite 29 der Anlage B der Beschlussvorlage.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) findet Gefallen an dem vorgestellten Konzept. Er hinterfragt die Wirtschaftlichkeit, falls neue Kanäle gebaut werden müssen.

Auf Nachfrage von Herrn Lasche (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) erklärt Herr Runge, dass auch Einfamilienhäuser oder Doppelhäuser öffentlich gefördert werden könnten, wenn bestimmte Einkommensgrenzen nicht überschritten werden und das Baugrundstück nicht zu groß sei.

Herr stellvertretender Bezirksbürgermeister Schäffer fragt nach, warum nicht auch im westlichen Teil des Plangebietes eine dichtere Bebauung geplant sei.

Herr Runge erklärt dies mit einer Vereinbarung zwischen den heutigen Eigentümer\*innen und dem Investor.

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist abschließend auf das folgende öffentliche Beteiligungsverfahren.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

1. **Der Bebauungsplan Nr. III/Ub10 „Wohnen beiderseits der südlichen Dingerdisser Heide“ für das Gebiet östlich und westlich der Dingerdisser Heide ist im Sinne des § 30 Baugesetzbuch (BauGB) aufzustellen. Für die genauen Grenzen des Plangebietes ist die im Abgrenzungsplan vorgenommene Abgrenzung verbindlich.**



2. Der Flächennutzungsplan ist gemäß § 8 (3) BauGB im Parallelverfahren zu ändern (261. Änderung „Wohnen beiderseits der südlichen Dingerdisser Heide“). Der Änderungsbereich ist aus Anlage C ersichtlich.
3. Für die Erstaufstellung des Bebauungsplanes und die FNP-Änderung sind die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (1) BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB auf der Grundlage der in der Vorlage dargestellten allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung durchzuführen.
4. Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung werden gemäß den in der Anlage D enthaltenen Ausführungen festgelegt.
5. Der Aufstellungsbeschluss und der Änderungsbeschluss sind gemäß § 2 (1) BauGB ortsüblich öffentlich bekannt zu machen.

- einstimmig beschlossen -

\* BV Stieghorst - 09.06.2022 - öffentlich - TOP 7\*

-.-.-

Zu Punkt 8

**4. Änderung „Stadtteilküche Sieker“ des Bebauungsplanes Nr. III/4/46.01 „Greifswalder Straße“ für das Gebiet Greifswalder Straße 17 im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB**

**- Stadtbezirk Stieghorst -**

**Entwurfsbeschluss**

**Beschluss zur Durchführung der Beteiligungen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4004/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier begrüßt Frau Hürche vom Bauamt zu diesem Tagesordnungspunkt. Da keine Wortmeldungen erfolgen, bittet er um Abstimmung über die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Es ergeht folgender

**B e s c h l u s s :**

1. Die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/4/46.01 „Greifswalder Straße“ für das Gebiet Greifswalder Straße 17 wird mit dem Text und der Begründung als Entwurf beschlossen.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes ist mit Text und Begründung für die Dauer eines Monats, mindestens jedoch 30 Tage gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen. Die Auslegung ist gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich bekannt zu machen.
3. Parallel zur Auslegung sind die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB zu beteiligen.

- einstimmig beschlossen -

\* BV Stieghorst - 09.06.2022 - öffentlich - TOP 8\*

---

**Zu Punkt 9****Gewerbliches Bauvorhaben an der Gustav-Winkler-Straße**

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier begrüßt Frau Kurt (Bauamt) sowie Herrn Bach (greenfield development GmbH) und Herrn Köster (Hagedorn Revital GmbH) zu diesem Tagesordnungspunkt.

Herr Köster stellt einleitend die Akteure hinter dem Projekt „Dienstleistungs- und Logistikpark Bielefeld, Gustav-Winkler-Straße“ vor. Er informiert darüber, dass der bisherige Nutzer das Gelände Ende April verlassen habe und seitdem mit den vorbereitenden Maßnahmen zum Rückbau begonnen wurde. Die Entwicklung der Flächen erfolge von der Firma GDD-Development.

Herr Bach berichtet, dass die Immobilie so errichtet werden solle, dass auch Folgenutzungen möglich seien. Eine nachhaltige, ökologische Ausstattung sei dem Entwickler sehr wichtig. Herr Bach informiert darüber, dass in die ca. 10.000 m<sup>2</sup> großen Halle 3 östlich der Gustav-Winkler-Straße mit vorgelagertem Betriebshof die Firma Löwe Logistik einziehen werde, die beispielsweise Waren für den Gastro-Bereich umschlage. Die Arbeiten werden nach Andocken der LKW innerhalb der Halle stattfinden. Halle 1 und 2, westlich der Gustav-Winkler-Straße gelegen, seien jeweils 8.000 m<sup>2</sup> groß und durch eine Brandwand getrennt. Die beiden Gebäudeteile seien aufgrund des Höhenunterschiedes im Gelände mit einem Höhenversprung versehen und haben jeweils einen eigenen Betriebshof. Hier ständen die künftigen Nutzer noch nicht fest. Die Hallen seien ca. 12,50 m hoch. Die Dach- und Wandisolierung liege deutlich über den gesetzlichen Normen. Vorgesehen seien an verschiedenen Stellen Lärmschutzwände um die angrenzende Wohnbebauung vor LKW-Geräuschen, ausgehend von den Betriebsgeländen, zu schützen. Während die Halle 2 über die Detmolder Straße angefahren werde, seien die

Hallen 1 und 3 über die Gustav-Winkler-Straße zu erreichen. Herr Bach verweist auf das zum Bauantrag eingereichte Verkehrsgutachten, das im Ergebnis einen nur geringen LKW-Nachtverkehr erlaube. So werde die Halle 2 ab 22.00 Uhr nicht mehr angefahren. Für die Hallen 1 und 3 werde über Vereinbarungen mit den Nutzern sichergestellt, dass die LKW nachts nicht an den benachbarten Wohngebäuden abgeführt, sondern über die Walter-Werning-Straße fahren.

Herr Bach erläutert den vorgesehenen Zeitplan. Die Halle 3 solle im II. Quartal 2023 fertig sein; die beiden anderen Hallen sollen ab dem III. Quartal 2023 genutzt werden.

*- Um 19.22 Uhr unterbricht Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier die öffentliche Sitzung für Einwohnerfragen. -*

Auf Nachfragen von Herrn Huneke (Anwohner Gustav-Winkler-Straße) erläutert Herr Bach, dass die Baulinie an der Gustav-Winkler-Straße nicht bis an den Bürgersteig reiche, sondern ein Grünstreifen angelegt werde. In Halle 2 werde kein Nachtbetrieb stattfinden. Herr Huneke bittet darum, die Wände von Halle 2 so auszustatten, dass die Lärmreflexion von vorbeifahrenden LKWs zur gegenüberliegenden Wohnbebauung möglichst geringgehalten werde.

Herr Huneke fragt nach der konkreten Verkehrsführung für die Halle 2. Herr Bach erläutert, dass diese nur von der Detmolder Straße angefahren werde. Es gebe zwar eine Ausfahrt zur Gustav-Winkler-Straße, die aber wohl in der Praxis eher von den PKW, die auf in deren Nähe liegenden Stellplätze parken, genutzt werden.

Eine Lärmschutzwand sei direkt an den Ladedocks und somit direkt an der Lärmquelle vorgesehen. Alle weiteren Arbeiten finden in der Halle statt.

Herr Beigeordneter Moss lädt Herrn Huneke und andere Anwohner\*innen bei weiterem Informationsbedarf in das Technische Rathaus ein. Ein Termin könne über das Bezirksamt vereinbart werden.

*- Um 19.29 Uhr wird die Beratung in öffentlicher Sitzung fortgesetzt. -*

Auf Nachfrage von Herrn Möller (CDU-Fraktion) erläutert Herr Bach, dass der Anlieferverkehr zur Halle 2 über die Detmolder Straße und zu den Hallen 1 und 3 über die Gustav-Winkler-Straße erfolge. Der abfließende Verkehr solle möglichst über die Walter-Werning-Straße erfolgen; dies solle vertraglich vereinbart werden.

Auf Nachfrage von Herrn Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) erklärt Herr Skarabis, dass der Bezirksvertretung das erstellte Verkehrsgutachten nichtöffentlich zur Kenntnis gegeben werden könne.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) fragt nach, ob die Baufahrzeuge während der Baumaßnahmen über die Gustav-Winkler-Straße fahren. Er möchte wissen, ob die 2. Zufahrt an der Halle 2 von der Gustav-Winkler-Straße für LKWs generell gesperrt werden könne.

Herr Bach erläutert, dass die 2. Zufahrt nur von PKW genutzt werden solle. Die Anregung von Herrn Thole, dies baulich umzusetzen, werde

man mitnehmen. Während der Bauphase seien die Bauunternehmen angewiesen, über die Walter-Werning-Straße zu fahren.

Auf Nachfrage von Herrn Möller erklärt Herr Bach, dass es je Halle nur jeweils einen Nutzer geben werde. Derzeit sei man im Gespräch mit einem potentiellen Nutzer, der an zwei Hallen Interesse habe.

Abschließend bedankt sich Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier bei Herrn Bach und Herrn Köster für die öffentliche Vorstellung des Projektes und die Beantwortung der Fragen sowie bei Herrn Moss und Frau Kurt für die Begleitung des Themas.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 09.06.2022 - öffentlich - TOP 9\*

*-Das Verkehrsgutachten ist als Anlage 2 Bestandteil dieser Niederschrift (nichtöffentlich).-*

-.-.-

## Zu Punkt 10

### Unterbringung Flüchtlinge aus der Ukraine in den Quartieren Heepen und Stieghorst

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4099/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Käweker (Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-).

Herr Käweker stellt sich als Ansprechperson für die ukrainischen Flüchtlinge vor, die in den Wohnsiedlungen Am Niederfeld, Gumbinner Straße und Königsberger Straße und in Heepen untergebracht seien. Er verweist auf die zusätzlichen Informationen in der Vorlage Drucksachen-Nr. 4227/2020-2025, die die Einrichtung eines Quartiersmanagements möglichst zum 01.08.2022 ankündige. Aktuell seien an den genannten Standorten in Stieghorst 67 Unterkünfte mit insgesamt ca. 337 Personen belegt.

Frau Schuh (CDU-Fraktion) fragt nach, wieviel Kinder unter 6 Jahren darunter seien.

Herr Käweker wird die Frage an das Jugendamt weitergeben und um Antwort bitten. Das Fachamt sei bereits aktiv, um sogenannte Brückenprojekte im Kita-Bereich zu initiieren.

Die Anlaufstelle sei Am Niederfeld 20 und in der Gumbinner Straße 39 untergebracht. Die Besetzungszeiten seien dort ausgehängt. Dann sei auch eine Person für die Übersetzung vor Ort. Er selbst sei über sein Dienst-Handy unter der Nummer 0152-23489793 zu erreichen.

Frau Schuh weist darauf hin, dass viele ukrainische Flüchtlinge privat

untergebracht seien.

Auf Nachfrage von Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) sichert Herr Käweker zu, dass die Anlaufstelle auch für diese Menschen zur Verfügung stehe.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 09.06.2022 - öffentlich - TOP 10\*

-.-.-

## Zu Punkt 11

### **Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern für den Zeitraum 2023 - 2025**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3999/2020-2025/1

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Es ergeht folgender

#### **B e s c h l u s s:**

1. Das bewährte System der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (LuF) zwischen der Stadt Bielefeld und den freien Träger\*innen der Jugendhilfe und der Sozialen Arbeit wird in den Jahren 2023-2025 weitergeführt. Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Anlage A aufgeführten Bestandsverträge mit den freien Träger\*innen für drei weitere Jahre abzuschließen.
2. Die in der Anlage B aufgeführten Angebote wurden bislang über das Integrationsbudget finanziert und sind in der mittelfristigen Finanzplanung der nachfolgenden Jahre bereits berücksichtigt. Die Verwaltung wird beauftragt, auch hierüber Verträge für die Jahre 2023-2025 abzuschließen und diese damit in das Regelsystem der LuF aufzunehmen.
3. In der Anlage C werden weitere Veränderungen dargestellt, die sich in der laufenden Vertragsperiode ergeben haben. Es handelt sich dabei um Angebote, die
  - a. zusätzlich aufgrund bereits vorliegender politischer Beschlüsse in das LuF-System aufgenommen wurden und
  - b. die aus einer Zuschussfinanzierung erstmalig in das LuF-System aufgenommen werden sollen.

Für b. entstehen dadurch im Haushaltsjahr 2023 Mehrkosten in

Höhe von ca. 5.000 €/Jahr aufgrund der im LuF-System vorgesehenen Dynamisierung der Vertragssummen, die im Rahmen der Beschlussfassung zum Haushalt 2023 bereitgestellt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, auch diese Verträge für die Jahre 2023-2025 zu verlängern beziehungsweise abzuschließen.

4. In der Anlage D sind Angebote enthalten, für die bereits politische Beschlüsse vorliegen bzw. deren Aufnahme bzw. Aufstockung im LuF-System unabdingbar sind. Die Mehrausgaben in Höhe von 895.000 € im Jahr 2023 sind im Haushaltsentwurf für das Jahr 2023 zu berücksichtigen. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Vereinbarungen zu schließen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, den Fachausschüssen gegenüber bis zu den jeweiligen ersten Sitzungen nach der Sommerpause eine fachliche Einschätzung zur Notwendigkeit und Dringlichkeit der von den Trägern beantragten und in der Anlage E aufgeführten Anpassungen der Finanzierung und / oder der Leistung abzugeben.
6. Für die Übernahme der zusätzlichen Kosten von bereits angestoßenen Projekten, unter anderem für das Betreiben der neuen Stadtteilzentren, sind zu gegebener Zeit Beschlussvorlagen in die politischen Gremien einzubringen. Eine Aufnahme in das Regelsystem der LuF wird angestrebt.
7. Für die Ausfertigung der LuF wird der für die letzte Vertragsperiode abgestimmte Vertragstext genutzt, sodass die darin befindlichen Regelungen zu den Steigerungen bei den Personal- und Sachkosten sowie auch die Übertragungsmöglichkeit von Verlusten und Gewinnen in das Folgejahr unverändert Anwendung finden.
8. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Vertragspartner\*innen durch Abfrage eine Darstellung über deren Tarifanwendung zu schaffen. Die Informationen werden in nichtöffentlicher Sitzung den Fachausschüssen präsentiert. Eine tarifliche Bindung bzw. die Anwendung von Tarifverträgen bei allen Träger\*innen wird mittelfristig angestrebt.
9. Zusammen mit den Vertragspartner\*innen werden die Erfahrungen aus der Leistungserbringung in der Corona-Krise ausgewertet. Erfahrungen aus der Umsetzung des Corona-Aktionsplans werden bei der Weiterentwicklung der Angebote berücksichtigt, soweit dies fachlich sinnvoll bzw. geboten ist.
10. Die Verwaltung wird beauftragt, die inhaltlich gesetzten Schwerpunktthemen „Umweltschutz, Medienkompetenz und Diversität“ gemeinsam mit den Vertragspartner\*innen weiterzuentwickeln und umzusetzen. Dabei sind auch quartiersorientierte Ansätze und eine verstärkte Einbeziehung von Migrant\*innenorganisationen zu prüfen. Die Verwaltung wird gebeten, im Rahmen der dialogischen Verfahren konkrete Umsetzungsschritte zu vereinbaren.

11. Die dialogischen Verfahren während der Vertragsperiode werden in den Bereichen Senior\*innenarbeit, Offene Kinder- und Jugendarbeit, Frauenprojekte, zielgruppenübergreifende Quartiersarbeit und Sucht fortgesetzt. Die Angebote im Bereich Selbsthilfe werden neu in das dialogische Verfahren aufgenommen.

12. Die Verwaltung wird in den Fachausschüssen über die fachlichen Herausforderungen und inhaltlichen Weiterentwicklungen in den jeweiligen Handlungsfeldern informieren.

- einstimmig beschlossen -

\* BV Stieghorst - 09.06.2022 - öffentlich - TOP 11\*

-.-.-

## Zu Punkt 12

### Planungs- und Umsetzungsstand der neuen Kita-Standorte in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3987/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 09.06.2022 - öffentlich - TOP 12\*

-.-.-

## Zu Punkt 13

### Spielplatz Sperberstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4083/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier begrüßt Frau Moritz (Umweltbetrieb) und Frau Stiepelmann (Planungsbüro Höke) zu diesem Tagesordnungspunkt.

Frau Stiepelmann verweist auf den städtebaulichen Entwurf des Büros Reicher, Haase, Assoziierte, der die Grundlage der Planung bilde. Vorgaben zur Wegestruktur waren eine Verbindung zum Friedhof, eine Umfahrmöglichkeit für die Pflegefahrzeuge der Grünunterhaltung sowie ein Aufstellplatz für einen Hubwagen an der bestehenden Eiche. Nach dem 1. Vorentwurf fand im April 2022 eine Bürgerbeteiligung statt, aus der 5 Einwendungen hervorgingen. Diese wurden geprüft und flossen in den aktuell entwickelten Vorentwurf ein. Dieser sehe hexagonale Flächen auf

dem 890 m<sup>2</sup> großen Gelände vor. Geplant seien mit Palisaden eingefasste Spielbereiche mit verschiedenen Spielgeräten, zum Teil mit Bankauflagen versehene Natursteinblöcke, ein Picknickbereich, Fahrradständer sowie Durchfahrtbegrenzer an Ein- und Ausgängen. Neben Bestandszäunen sei eine Heckenpflanzung sowie eine Reihe aus 6 Bäumen zur Sperberstraße vorgesehen.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) beurteilt die vorgestellte Planung positiv. Auf seine Nachfrage erklärt Frau Moritz, dass die Höhe der Architektenhonorare entsprechend der Honorarordnung in Abhängigkeit von der Höhe der Bausumme festgelegt werde.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) steht dem geplanten Palisadenmaterial an den Spielbereichen (Beton oder Kunststoff) skeptisch gegenüber. Er fragt nach, warum kein Holz verwendet werde. Weiterhin äußert er die Befürchtung, dass aus dem Picknickbereich schnell ein Grillplatz werde.

Frau Moritz erläutert, dass Palisaden aus Holz zu schnell verfallen und bei Regen rutschig seien. Es gebe spezielle Fallschutzpalisaden, die auch viel für KITAS verwendet werden.

Frau Stiepelmann und Frau Moritz können den von Herrn Thole befürchteten Missbrauch der Picknickfläche letztlich nicht ausschließen. Frau Moritz erklärt aber, dass auf dem Gelände auch Raum für Jugendliche oder Familien angeboten werden solle.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretung Stieghorst stimmt der vorgelegten Entwurfsplanung zu und beauftragt die Verwaltung einen Förderantrag einzureichen und die Maßnahme nach positivem Bescheid umsetzen zu lassen.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Stieghorst - 09.06.2022 - öffentlich - TOP 13\*

-.-.-

## **Zu Punkt 14**

### **Information über das Bauprogramm 2022 - 2027**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3808/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung. Er merkt an, dass die der Politik zur Verfügung



gestellte Liste nicht ohne Weiteres nachvollziehbar sei.

Herr Skarabis schlägt vor, Fragen in einem Arbeitskreis Tiefbau und Verkehr nach der Sommerpause zu klären. Dem Vorschlag wird allgemein zugestimmt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 09.06.2022 - öffentlich - TOP 12\*

-.-.-

## **Zu Punkt 15 Wesentliche Neuerungen durch das 5. Änderungsgesetz zum Kommunalabgabengesetz (KAG) für das Land NRW**

**hier: Erstellung eines Straßen- und Wegekonzeptes der Stadt Bielefeld für die Jahre 2022 - 2026 sowie Festlegung von geringfügigen Maßnahmen im Sinne des § 8a Absatz 4 KAG.**

**Übertragung von in § 8a KAG geregelten Zuständigkeiten, Fortschreibung der Zuständigkeitsordnung des Rates sowie Änderung der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates; Änderung der Hauptsatzung.**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1631/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Herr Skarabis weist einleitend darauf hin, dass das Straßen- und Wegekonzept eine unverbindliche Liste von Maßnahmen enthalte, die nach dem KAG abgerechnet werden müssen. Diejenigen, die nach dem Baugesetzbuch (BauGB) abzurechnen seien, seien nicht in der Aufstellung enthalten. Das Amt für Verkehr habe einen externen Dienstleister beauftragt alle Straßen im Stadtgebiet zu befahren; die Liste resultiere daraus. Nach § 8 a KAG müssten Straßen technisch, rechtlich und wirtschaftlich sinnvoll unterhalten werden. Weiteres Kriterium sei die Höhe der Unterhaltungskosten für die einzelnen Straßen. Im Ergebnis sei die vorgelegte Rankingliste entstanden. Jahreszahlen seien ebenfalls verpflichtend anzugeben. Herr Skarabis stellt fest, dass die Liste sich nicht durchgängig an die Liste der von der Bezirksvertretung priorisierten Straßenbaumaßnahmen halte. Es sei zu beachten, dass für viele der aufgeführten Maßnahmen aktuell keine Haushaltsmittel hinterlegt seien oder noch keine politischen Beschlüsse gefasst seien. Die Liste müsse zwingend aufgestellt werden. Seit dem 01.01.2021 seien keine Maßnahmen mehr beauftragt worden, da diese nur dann aus Landesmitteln bezuschusst werden, wenn ein Straßen- und Wegekonzept aufgestellt worden ist, das zudem die jeweilige Straße enthalte. Eine Entlastung der Bürger\*innen sei aktuell nicht anders zu erreichen.

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier schlägt vor, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen und den Punkt 3 des Beschlussvorschlages dahingehend zu ändern, dass Ergebnisse der verbindlichen Anliegerversammlungen für Straßenbaumaßnahmen, für die die Bezirksvertretung die alleinige Entscheidungsbefugnis habe, nur der Bezirksvertretung vorzustellen seien.

Herr Dr. Lange (CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass die Liste von elementarer Wichtigkeit sei, da die Beiträge nur übernommen werden können, wenn die Straße aufgelistet sei. Er regt an, die aus Sicht der Bezirksvertretung fehlenden Straßen aufzunehmen.

Herr Skarabis weist erneut darauf hin, dass es auch Straßen gebe, die nach dem BauGB mit weiterhin bestehender Beitragspflicht abgerechnet werden. Weiterhin seien die Kriterien für die Aufnahme in die Liste zu beachten. Die Bezirksvertretung habe eine Priorisierung vorgenommen, die teilweise anderen Kriterien unterliege.

Umgekehrt sei es auch nicht möglich, alle Straßen aufzunehmen, da das Straßen- und Wegekonzept eine objektiv belegbare Reihenfolge enthalten müsse.

Herr Dr. Lange hat Bedenken, wenn nicht alle nach dem KAG abzurechnenden Straßen des Stadtbezirks aufgenommen werden.

Herr Skarabis schlägt vor, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen und die Verwaltung zu bitten, die von der Bezirksvertretung priorisierten Straßen zu prüfen und ggf. aufzunehmen.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) kritisiert den Aufwand, der betrieben werden müsse, da die Landesregierung die Beitragspflicht nicht einfach abgeschafft habe.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) gibt ebenfalls zu bedenken, dass die Liste für die Bewilligung der Landesmittel erforderlich sei. Wenn also eine Straße nicht aufgeführt sei und in den nächsten Jahren verbessert werden müsse, werden ggf. die Anlieger herangezogen, weil kein Zuschuss seitens des Landes erfolge. Er spricht sich auch für eine Überarbeitung der Liste, die aus seiner Sicht nicht immer nachvollziehbar sei, aus. So sei beispielsweise die Hörster Straße, die erst eine Deckensanierung erhalten habe und aus seiner Sicht in einem sehr guten Zustand sei, aufgeführt; andere Straßen, wie die Taller Straße, fehlten aber. Er regt an, die Verwaltung um eine Überarbeitung der Liste zu bitten und alle Straßen aufzunehmen, die nach KAG abgerechnet werden.

Herr Skarabis wendet ein, dass ein solches Verfahren nicht dem § 8 a KAG entspreche.

Herr Thole warnt demgegenüber vor einer Kenntnisnahme der Liste, da diese maßgeblich für künftige Landeszuschüsse sei.

Herr Dr. Lange stellt fest, dass durch die Befahrung die erforderlichen Daten für alle Straßen der Verwaltung vorlägen, so dass die Liste geprüft und ergänzt werden könne.

Herr Akay schlägt vor, unter Punkt 1 der Vorlage zu ergänzen, dass das

Konzept zu vervollständigen sei, da aus Sicht der Bezirksvertretung nicht alle Straßen erfasst worden seien.

Herr Thole und Herr Dr. Lange ergänzen, dass eine aufgeschlüsselte Darstellung, ob die Maßnahmen nach KAG oder BauGB abzurechnen seien, erfolgen müsse und dies vor Beschlussfassung im Rat erfolgen solle.

Es ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

**Das als Anlage 2 zur Drucksachen-Nr. 1631/2020-2025 beigefügte Straßen- und Wegekonzept muss vervollständigt und nach Zuordnung der Maßnahmen nach KAG und BauGB aufgeschlüsselt werden, da aus Sicht der Bezirksvertretung nicht alle Straßen erfasst worden sind. Dies soll vor Beschlussfassung im Rat erfolgen.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

Entsprechend des Vorschlages von Herrn Bezirksbürgermeister Henrichsmeier ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

**Sofern beitragspflichtige Maßnahmen in die Entscheidungskompetenz der Bezirksvertretung fallen, sind die Ergebnisse der verbindlichen Anliegerversammlungen ausschließlich der zuständigen Bezirksvertretung vorzulegen.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

Die Punkte 2, 4, 5 und 6 der Beschlussvorlage der Verwaltung werden von der Bezirksvertretung zur Kenntnis genommen.

\* BV Stieghorst - 09.06.2022 - öffentlich - TOP 15\*

**Zu Punkt 16 Kulturprogramm 2022 für den Stadtbezirk Stieghorst**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4102/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Ohne Aussprache ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

Die Bezirksvertretung stimmt dem Programmvorschlag laut Anlage (Freizeitzentrum Stieghorst) zu und beschließt, die genannten Veranstaltungen und Institutionen wie folgt zu fördern:

<b>Freizeitzentrum Stieghorst (3 Veranstaltungen)</b>	<b>1031 EUR</b>
<b>Murnau &amp; Massolle Forum (Unterstützung der Vereinsarbeit)</b>	<b>250 EUR</b>
<b>Verein „Wir sind Ubbedissen“ (Unterstützung des Dorffestes)</b>	<b>250 EUR</b>
<b>SKF, Jugendhaus Sieker und Eva-Gahbler-Haus (Unterstützung eines kulturellen Gemeinschaftsprojektes für Mädchen mit Kinobesuch)</b>	<b>250 EUR</b>
<b>Teutoburger Jäger</b>	<b>75 EUR</b>
<b>CVJM Posaunenchor Hillegossen-Ubbedissen (für die Unterstützung der Gedenkfeiern zum Volkstrauertag)</b>	<b>75 EUR</b>

- einstimmig beschlossen -

\* BV Stieghorst - 09.06.2022 - öffentlich - TOP 16\*

---

**Zu Punkt 17**

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der  
Verwaltung zum Sachstand**

Herr Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die mit der Sitzungseinladung übersandte Auflistung der bisher noch unerledigten Beschlüsse der Bezirksvertretung, die um neue Beschlussfassungen ergänzt bzw. um die inzwischen erledigten Beschlüsse bereinigt worden sei.

Herr Dr. Lange (CDU-Fraktion) berichtet, dass für den Weg entlang der Stadtbahnlinie Fördermittel bewilligt worden seien. Er fragt nach, wann mit einer Vorstellung der weiteren Planung zu rechnen sei.

Herr Skarabis sichert zu, dass diese der Bezirksvertretung noch vorgestellt werde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 09.06.2022 - öffentlich - TOP 17 \*

---

---

Bernd Henrichsmeier  
Bezirksbürgermeister

---

Anke Machnik  
Schriftführerin